

Zeitel, Gerhard; Schachtschabel, Hans G.; Funck, Rolf

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitische Aufgaben der nächsten Legislaturperiode

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Zeitel, Gerhard; Schachtschabel, Hans G.; Funck, Rolf (1976) :
Wirtschaftspolitische Aufgaben der nächsten Legislaturperiode, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275,
Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 11, pp. 544-555

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135008>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitische Aufgaben der nächsten Legislaturperiode

Im Dezember tritt das neue Parlament zusammen. Die alte Koalition wird auch die neue Regierung bilden. Welche wirtschaftspolitischen Probleme müssen in der nächsten Legislaturperiode gelöst werden?

Gerhard Zeitel

Größeres Gewicht der strukturellen Fragen

Die Wirtschaftspolitik der kommenden Legislaturperiode ist schwergewichtig durch die in der jüngsten Vergangenheit entstandenen Probleme vorgeprägt. Diese sind national gekennzeichnet durch eine ungenügende Realisierung der obersten Ziele der wirtschaftlichen Aktivität, nämlich der Vollbeschäftigung, des wirtschaftlichen Wachstums und der Preisstabilität. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande wesentlich mitbestimmt durch spezifische Schwierigkeiten bei der Finanzierung der öffentlichen Leistungen, bei der sektoralen Aufgabenerfüllung, vor allem in den Bereichen Bau- und Wohnungswirtschaft, der Verkehrs- und Energiewirtschaft sowie bei besonderen Entwicklungshemmungen im selbständigen Mittelstand. Das Eigentümliche der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung ist in dem Überlappen von konjunkturellen und strukturellen Einflußfaktoren zu erblicken. Das größere Gewicht der strukturellen Fragen determiniert die Wirt-

schaftspolitik der nächsten Jahre erheblich stärker als in vorangegangenen Phasen.

International ergeben sich besondere Schwerpunkte aus den anhaltenden internationalen Inflationstendenzen und der damit verbundenen labilen Zahlungsbilanz bzw. Währungsposition zahlreicher, auch höher entwickelter Länder. Hinzu kommen die Bemühungen um eine neue „Weltwirtschaftsordnung“, die vor allem von den Entwicklungsländern unternommen werden und sich auf die Rohstoffmärkte und die internationalen Finanzbeziehungen konzentrieren. Es kann ferner nicht übersehen werden, daß die europäische Integration stagniert. In Teilbereichen lassen sich sogar „Zerbröselungserscheinungen“ erkennen. Die nationale und internationale Datenkonstellation stellt für die Wirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode eine nicht leicht lösbare Aufgabenstellung dar, die im Blick auf die Vergangenheit wohl nur mit der Anfangsphase der Bundesrepublik verglichen

werden kann. Im Gegensatz zu damals ergeben sich aber aus der schrumpfenden Bevölkerung zusätzliche, weitreichende Probleme.

Wachstumsziele

Die Lösung der wirtschaftspolitischen Hauptaufgaben kann nicht allein unter konjunkturellen und kurzfristigen Aspekten angegangen werden, sondern muß im stärkeren Maße struktur- bzw. ordnungspolitisch und somit mittel- und längerfristig angelegt sein. Es wäre insoweit ebenfalls verfehlt, mit den konjunkturellen Auftriebstendenzen die Lösung der angedeuteten Schwierigkeiten zu erwarten. Das gilt um so mehr, als der „Inflationssockel“ bei noch unbefriedigender Investitionsneigung nicht abgebaut ist und die Arbeitslosigkeit zunehmende Verhärtungstendenzen aufweist, nicht zuletzt infolge der Berufsaufnahme geburtenstarker Nachkriegsjahrgänge.

Das dominierende Anliegen der Wirtschaftspolitik in den

nächsten Jahren muß es daher sein, wieder auf einen anhaltend dynamischen Wachstumspfad zu gelangen. Dies bedeutet gewiß nicht die Realisierung ähnlich hoher Wachstumsraten, wie sie in den 50er und 60er Jahren gegeben waren, aber die Verwirklichung einer durchschnittlichen realen Wachstumsrate des Sozialprodukts von jährlich 4 bis 5%. Ohne einen dynamischen Wachstumsprozeß in dem genannten Umfang dürfte es schwerlich gelingen, die Unterbeschäftigung abzubauen. Das gilt namentlich auch für die politisch besonders folgenschwere Jugendarbeitslosigkeit, der mit Notprogrammen allein nicht beizukommen ist. Der Abbau der Unterbeschäftigung ist also letztlich nicht durch spezielle Arbeitsbeschaffungsprogramme zu erreichen, sondern muß primär als Aufgabe einer dynamischen Wachstumspolitik gesehen werden, die in einer höheren Investitionstätigkeit gründet. Die Sanierung der Staatsfinanzen sowie die Konsolidierung des sozialen Sicherheitssystems werden durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum entscheidend mitbestimmt werden. Soziale Stabilität und wirtschaftliches Wachstum sind in der Gegenwart auf das engste miteinander verknüpft.

Im Hinblick auf die Investitionsgestaltung wäre es verfehlt anzunehmen, daß die gegenwärtig zu beobachtenden konjunkturellen Auftriebstendenzen ausreichen, das erwünschte wirtschaftliche Wachstum herbeizuführen. Hierzu bedarf es vielmehr wieder einer größeren Kontinuität der wirtschaftspolitischen Verfahrensweise, wie sie beispielsweise mit dem Wechselbad von Investitionssteuer und Investitionsprämie in den letzten Jahren nicht gewährleistet war. Ebenso wäre eine weitere ordnungspolitische Verunsicherung durch neue kostenträchtige Reformvorhaben nicht förderlich, sondern hemmend.

Die für einen anhaltenden Wachstumsprozeß erforderlichen Erweiterungsinvestitionen werden freilich ebensowenig zu erwarten sein, wenn wirtschaftspolitisch nicht erweiterte Ertragschancen eröffnet werden.

Verteilungspolitischer Gestaltungsspielraum

Die Sicherung einer angemessenen Ertragsspanne hat besonderes Gewicht für die mittleren und kleineren Unternehmen. Deren Eigenkapitalbildung bietet in den letzten Jahren mit einer rückläufigen vertikalen Deckungsquote auf fast 20% kein ausreichendes Fundament für eine Investitionsexpansion mehr. In diesem Unternehmensbereich hat die Steuerbelastung ein Niveau erreicht, das spezielle

steuerliche Entlastungsmaßnahmen gebietet, um ein höheres wirtschaftliches Wachstum sicherzustellen. Zusätzliche Abgabenlasten direkter oder indirekter Art würden dem Wachstumsanliegen ebenso zuwiderlaufen wie eine weitere Verringerung der staatlichen Investitionstätigkeit.

Insoweit ergibt sich ein eingeeengter verteilungspolitischer Gestaltungsspielraum. Die Lösung der währungspolitischen Hauptaufgabe, nämlich eine größere Preisstabilität zurückzuerlangen, wird kaum lösbar, wenn die Lohnsteigerungen wie in vergangenen Jahren den Produktivitätszunahmen voraus-eilen. Im Hinblick auf die damit angedeutete konfliktrichtige Entwicklung der Verhältnisse kommt den Überlegungen zu flankierenden Maßnahmen bei der Einkommenspolitik eine erhöhte Bedeutung zu. In Betracht kommt in erster Linie eine stärkere Förderung der Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern.

Die finanzielle und konjunkturelle Gesamtlage läßt freilich eine „große Lösung“ dieser ordnungspolitisch hochrangigen Aufgabe kaum zu. Eine bloße Erhöhung der Begünstigung im Rahmen des sogenannten 624-DM-Gesetzes stellt indes einen nicht befriedigenden Schritt in die gewünschte Richtung dar. Spezifische Begünstigungen der Gewinnbeteiligungsmöglichkeiten von Beschäftigten in mittleren und kleineren Unternehmungen müßten einbegriffen sein. Gegenwärtig sind generell Verfahren einer Vermögenspolitik in Arbeitnehmerhand wenig zweckmäßig, die aufgrund ihrer Eigenheit zum fixen Bestandteil der Kostenkalkulation der Unternehmungen werden und die den großen Differenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Branchen nicht Rechnung tragen.

Als flankierendes Element der Einkommenspolitik muß auch an

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, 48, CDU-MdB, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Universität Mannheim. Seit 1975 ist er Präsident des Bundesverbandes der Volks- und Betriebswirte.

Prof. Dr. Hans Georg Schachtschabel, 62, SPD-MdB, ist seit 1962 Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Seine Spezialgebiete sind Volkswirtschaftspolitik, insbesondere Sozialpolitik und Genossenschaftswesen.

Prof. Dr. Rolf Funck, 46, FDP, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Universität Karlsruhe. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesverkehrsministeriums.

den Abbau der sprunghaft steigenden Einkommen- und Vermögensteuerlasten im Bereich mittlerer Bezüge gedacht werden. Schon in diesem Jahr zeigt sich, daß der Entlastungseffekt der Steuerreform infolge der inflatorischen Einkommensaufblähungen weitgehend verlorengegangen ist. Der Tarifsprung bei der gegenwärtigen Einkommensteuerregelung führt dazu, daß bei Jahreseinkommen von über 16 000 DM (Ledige) und von über 32 000 DM (Verheiratete) relativ schnell Abgabenlasten von 50 % und mehr erreicht werden, wenn die Sozialversicherungsbeiträge mit eingerechnet werden. Derartige Abgabenlasten, zu denen ständige Gebührenerhöhungen hinzukommen, dürften vermehrt in das lohnpolitische Kalkül eingehen. Sie stellen ein Verunsicherungselement konjunktur- und wachstumspolitisch überhöhter Lohnforderungen dar.

Unter Berücksichtigung dieser besonderen Lohn- und Ertragsverflechtungen bei der gegebenen wirtschaftlichen Entwicklung erweist sich die gebotene Sanierung der öffentlichen Finanzen gewiß als besonders schwierig, zumal bei der auf 30 Mrd. DM geschätzten Größenordnung der strukturellen Deckungslücke. Diese Sanierung hat für Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen Gewicht. Der Weg weiterer Abgabenerhöhung bei den direkten Steuern ist nicht angezeigt. Dies gilt angesichts der bestehenden Preissteigerungstendenzen ebenso für die indirekten Steuern, namentlich für die Umsatzsteuer. Eine Umsatzsteuererhöhung würde nicht nur einen neuen Preisschub auslösen und die verteilungspolitische Situation verschärfen, sondern nicht zuletzt auch steuerliche Harmonisierungsschritte in der EG erschweren, wenn nicht gar verbauen. Dies mag allein am Beispiel der Substitutionsnotwendigkeit der nicht-harmonisierungsfähigen Gewerbe-

steuer deutlich werden. Ein weiterer Anstieg der Steuer- und Abgabenbelastung in Verbindung mit einer anhaltenden öffentlichen Ausgabenexpansion würde für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nicht nur eine quantitative Änderung der Verteilungsrelation zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft zur Folge haben, sondern einen qualitativen Sprung in der Ordnungsgestaltung bedeuten. Am schlechtesten wäre gewiß ein weiterer Rückgriff auf Fondsabgaben zur Finanzierung spezieller Aufgaben.

Staatliche Finanzen

Eine anhaltend hohe Verschuldung, die für die Gemeinden am allerwenigsten tragbar wäre, kann bei vermehrter Konjunkturbelebung weder finanzpolitisch noch währungspolitisch vertreten werden. Finanzpolitisch wiegt dabei weniger schwer die technische „Unterbringungsmöglichkeit“ eines höheren Schuldvolumens am Kapitalmarkt als vielmehr die weitere Einengung des investiven Gestaltungsspielraums der öffentlichen Hand. Währungspolitisch wären bei anhaltend hoher Verschuldung verschärfte Inflationstendenzen die Folge, die die Notenbank in einen einseitigen und strukturell verfehlten Zugzwang bringen würden. Bei den in den letzten Jahren entstandenen Abgabenlasten sollte daher die Sanierung der staatlichen Finanzen einseitig über den gewiß beschwerlichen Weg einer begrenzteren öffentlichen Ausgabenexpansion im Bereich des Konsums gesucht werden, und zwar in allen staatlichen Ausgabenbereichen.

Die Lösung dieser Aufgabe weist sicher über die kommende Legislaturperiode hinaus, aber sie sollte entschieden angegangen werden. Ein einfaches „Rotstiftverfahren“ in Gestalt von Ausgabenkürzungen genügt sicher nicht, um die fraglichen Deckungslücken zu stopfen. Viel-

mehr geht es vor allem um eine effizientere Leistungserstellung, insbesondere durch den Abbau von Subventionen. Dabei sind die Wohnungs- und Verkehrswirtschaft sowie der Bildungs- und Sozialsektor vorrangig. Abgesehen von der Bildungspolitik, bei der gegenwärtig besonders kostspielige Fehlinvestitionen zu beobachten sind (Überakademisierung), bieten die vorgenannten Bereiche zugleich erfolgversprechende Ansätze, einzelne Aktivitäten wieder stärker in den privaten Unternehmungs- und Fürsorgebereich zu verweisen.

Rentenversicherung

Die mit der staatlichen Finanzgestaltung eng verbundene Konsolidierung der öffentlichen Renten- und Krankenversicherung hängt zu einem wesentlichen Teil von der Beschäftigungs- und der Art der Leistungsgestaltung ab. Eine weitere Abgabenerhöhung würde wiederum einen falschen Schritt bedeuten. Abgesehen von den bereits dargelegten Gründen hat das Verhältnis von Sozialbezügen und Erwerbseinkommen vielfach eine kritische Schwelle erreicht. Ohne eine veränderte Leistungsanpassung im wirtschaftlichen Wachstumsverlauf und eine Überprüfung einzelner öffentlicher Leistungsbereiche (z. B. Krankenhauskosten und Umschulungsmaßnahmen) dürfte eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen sozialen Sicherheitssystems für die gesamte Legislaturperiode kaum zu erreichen sein.

Strukturprobleme

In ähnlicher Weise wie die soziale Sicherheitspolitik sind die erwähnten sektoralen Strukturprobleme mit der öffentlichen Haushaltssanierung eng verknüpft. In der Bau- und Wohnungswirtschaft ist angesichts der erkennbaren Bedarfssättigung im Mietwohnungsbau einerseits und der längerfristigen Eigentumsbedürfnisse der priva-

ten Haushalte andererseits eine Umorientierung überfällig. Die Hinwendung zu einer stärkeren Subjektförderung anstelle der bisher vorherrschenden Objektförderung eröffnet zugleich eine größere Chance, den Subventionsbedarf längerfristig zu beschränken. Dessen Abbau in der Verkehrswirtschaft, insbesondere bei der Bundesbahn und im Nahverkehr, sollte Anlaß sein, neue Sanierungswege zu beschreiten, die nicht einseitig in Streckenstilllegungen bestehen, sondern sich in vermehrter privater Leistungssubstitution darbieten – wie etwa im Stückgut- und Nahverkehr.

Die Entwicklung in der Energiewirtschaft ist noch immer durch eine zu starke Abhängigkeit vom Erdöl gekennzeichnet. Der für ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum notwendige Aufbau von neuen erdölunabhängigeren Kapazitäten gebietet nicht nur die Förderung der enormen Kapitalbildung, sondern ebenso ein beschleunigteres Genehmigungsverfahren, das die hier für die Wirtschaft bestehenden Unsicherheiten bei Wahrung angemessener Sicherheitsvorschriften beseitigt.

Die Lösung der angedeuteten sektoralen Strukturprobleme ist mehr als in der Vergangenheit entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Konjunktur- und Wachstumspolitik. Die großen Probleme der Wirtschaftspolitik der nächsten Legislaturperiode sind nur zu meistern, wenn Konjunktur-, Struktur- und Ordnungspolitik wieder mehr aus einem Guß betrieben werden.

Mittelstandspolitik

Ein wichtiges Teilelement der Ordnungspolitik bildet die Erhaltung eines leistungsfähigen Mittelstandes, dessen grundlegende Rolle für die Erhaltung einer Wettbewerbswirtschaft in den letzten Jahren zu wenig gewürdigt wurde. Die mittelständische

Wirtschaft konnte sich in den 50er und 60er Jahren im Sog eines dynamischen Wirtschaftswachstums kräftig entfalten und hatte genügend Ertragskraft, um sich laufend veränderten Bedingungen anzupassen. Die stark gestiegenen Kosten bei weitgehend stagnierender Wirtschaftsentwicklung haben die Anpassungsfähigkeit eingeengt und einen bedauerlichen Schrumpfungprozeß ausgelöst. Die Mittelstandspolitik bedarf daher in der kommenden Legislaturperiode einer Akzentuierung. Sie darf sich nicht allein in Kredithilfen und Kartellgesetzmaßnahmen erschöpfen, sondern muß den Abbau von konkreten Wettbewerbsnachteilen, etwa in der Steuer- und Sozialpolitik, zum Inhalt haben. Es geht also nicht mehr um eine konservierende, sondern aktivierende Gestaltung in der Mittelstandspolitik, die die Berufsorientierung junger Menschen miteinbezieht.

Internationale Verflechtungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist immer mehr eingebettet in internationale Bezüge, und zwar mit Schwergewicht in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Alle hochfliegenden Deklamationen vermögen nicht zu verdecken, daß die Integration ins Stocken geraten ist. Damit sind zugleich bisherige Kernelemente der Integrationspolitik, wie die Agrarmarktordnung, gefährdet. Mit Palliativmitteln in Gestalt gegenseitiger Finanz- und Kredithilfen ist ein weitergehender Integrationsprozeß nicht zu erreichen. Vielmehr ist geboten, die Integrationspolitik wieder auf dem mühevollen, aber allein erfolgversprechenden Weg vermehrter Harmonisierungsbestrebungen, namentlich bei der Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, voranzutreiben. Durch vermehrte Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse ist auch eher ein Zugzwang für die bislang natio-

nalstaatlich geprägte Konjunktur- und Einkommenspolitik zu erwarten, der sich aus einer Koordination „von oben“ nicht in gleicher Weise ergibt. Und ohne eine Aktivierung der Integrationspolitik ist ein stärkerer Schutz gegenüber internationalen Störeffekten schwerlich zu erzielen.

Dies gilt um so mehr, als die Wahrscheinlichkeit von anhaltenden internationalen Preissteigerungstendenzen groß ist, auch wenn neuerdings vermehrt vom Primat der Geldwertstabilität die Rede ist. Aber die bisher erkennbaren internationalen Neuordnungsabsichten weisen eher in eine andere Richtung, vor allem in den Bereich der Rohstoffmärkte. Die Bundesrepublik wird im internationalen Beziehungsgeflecht ihrer Rolle nur gerecht, wenn sie direkte Hilfsbereitschaft gegenüber einzelnen Entwicklungsländern beweist und sich zugleich Bestrebungen widersetzt, die sie indirekt vermehrt in die Pflicht nehmen, ohne daß die Gewähr für die Aufrechterhaltung eines freien Welthandels und einer internationalen Währungsstabilität gegeben ist. Im Hinblick auf den hohen Rang der Währungsstabilität bedeutet die internationale Verflechtung, daß die Notenbank vermehrt in den Stand gesetzt wird, jederzeit die erforderlichen Abschirmungsmaßnahmen gegen unerwünschte Störeinflüsse zu ergreifen. Es bleibt daher zu prüfen, ob die bisherigen Instrumente zu diesem Zweck – etwa im Bereich der zinsinduzierten Kapitalbewegungen – ausreichen.

Die Wirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode ist mit schwierigen Problemen behaftet, die nur dann erfolgreich zu lösen sind, wenn die grundsätzliche Ordnungslinie keinen neuen Zweifeln ausgesetzt wird, sondern Ordnungs- und Prozeßpolitik aus einem konzeptionellen Ansatz betrieben werden.

Hans G. Schachtschabel

Sicherung des konjunkturellen Aufschwungs ist vorrangig

Mit den Auswirkungen der größten Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren ist die Bundesrepublik Deutschland weit besser fertig geworden als die meisten anderen Industriestaaten. Obwohl gegenwärtig die Krise noch nicht vollständig überwunden ist, beweisen die konjunkturellen Daten der letzten Zeit, daß die Bundesregierung, zusammen mit der Bundesbank, eine konsequente Wirtschafts- und Konjunkturpolitik betrieben hat, die den wirtschaftlichen Aufschwung einleitete, ohne Einbrüche an der Preisfront zu verursachen.

In diesem Jahr wird ein Wachstum des realen Brutto- sozialprodukts von 6% erzielt werden. Die Verbraucherpreisentwicklung zeigt mit einer Inflationsrate von 3,8% (Oktober 1976) eine stetige Verbesserung; sie liegt im internationalen Vergleich nach der Schweiz an zweitbesten Stelle. Die D-Mark ist eine der stabilsten Währungen; sie hat allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber den anderen Währungen um durchschnittlich 13,5% an Wert zugenommen. Die Außenhandelsumsätze sind kräftig gewachsen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres erhöhten sich die Exporte um 25% auf 19,1 Mrd. DM, die Importe sogar um 31% auf 18,0 Mrd. DM. Und schließlich konnte die Arbeitslosenquote, die zu Beginn des Jahres noch bei 5,9% lag, auf 3,9% (Oktober 1976) gesenkt werden.

Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen hat sich gegenüber dem Vorjahr kräftig belebt.

Wenn auch unterschiedlich in den einzelnen industriellen Bereichen (z. B. bei Investitionsgütern plus 40%, Verbrauchsgütern plus 15,5%, Grundstoff- und Produktionsgütern plus 14,5%), hat sich für die verarbeitende Industrie (im Juli/August 1976, verglichen mit den Vorjahresmonaten) eine Steigerungsrate von 27,5% ergeben. Zwar hat sich der Anstieg der Auftragseingänge in den Sommermonaten etwas verlangsamt, insbesondere deshalb, weil sich die außergewöhnlich hohe Rate der Großaufträge aus dem Ausland verringerte. Die Inlandsaufträge sind dagegen merklich höher gewesen (im August 1976) als in den vergangenen Monaten. Insgesamt hat sich „die Investitionsneigung der deutschen Wirtschaft“, wie auch die Deutsche Bundesbank (Monatsbericht vom Oktober 1976) feststellt, „allem Anschein nach verstärkt“.

Investitionen

Aus dieser knappen Situationsanalyse ergeben sich wirtschafts- und konjunkturpolitische Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode.

Zunächst gilt es, eine weitere Verstärkung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung zu sichern. Ausschlaggebend geht es um einen dauerhaft hohen Beschäftigungsstand, um Vollbeschäftigung. Prinzipiell ist dafür ein reales Wachstum des Sozialprodukts von durchschnittlich 4 bis 5% erforderlich. Das bedeutet, daß entsprechend der Struktur der deutschen Volkswirtschaft die Investitionen jähr-

lich real um mindestens 6% steigen müssen.

Deshalb ist die private Investitionsneigung und -tätigkeit als Motor für die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung mit dem Ziel zu fördern, die Ertragsituation der Unternehmen zu verbessern. In letzter Zeit ist dies bereits erreicht worden, und zwar durch die von der Bundesbank betriebene Politik der Geldmengensteuerung, die für eine ausreichende Geld- und Kreditversorgung der privaten Wirtschaft gesorgt hat, ohne daß damit ein neues Inflationspotential entstanden ist. Diese Politik muß sorgfältig abgewogen fortgesetzt werden. Dagegen brauchen Konjunkturprogramme, wie sie während der 7. Legislaturperiode erfolgreich praktiziert worden sind, nicht vorgesehen zu werden, sofern ungünstige Konjunkturverläufe im Ausland nicht dazu zwingen. Es kann damit gerechnet werden, daß die Tarifvertragspartner auch weiterhin durch ihre den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Tarifabschlüsse in hohem Maße zur weiteren konjunkturellen Aufwärtsentwicklung beitragen werden.

Arbeitsmarktprogramme

Jedoch erscheint es unerlässlich, Arbeitsmarktprogramme zu erarbeiten und durchzuführen. Denn die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist weniger konjunkturell als vielmehr strukturell bedingt. Während Facharbeiter fast voll beschäftigt sind, teilweise sogar ein Facharbeitermangel besteht, ist der Anteil ungelerner und angelernter Ar-

beitskräfte, übrigens insbesondere auch älterer Arbeitnehmer, an der Arbeitslosigkeit sehr hoch, wie auch Angestellte (aus sogenannten Büroberufen) relativ schwer betroffen sind, ganz zu schweigen von der gravierenden Situation Schwerbehinderter. Entsprechend ist die Jugendarbeitslosigkeit zu beurteilen.

Insofern muß die Beschäftigungs- oder Arbeitsbeschaffungspolitik mit gezielten Maßnahmen in den Vordergrund treten. Einleitend muß und wird an ein Sofortprogramm mit allgemeinen Mobilitäts- und Eingliederungshilfen für Erwerbslose gedacht werden, gegebenenfalls auch mit Zuschüssen an Betriebe, die arbeitslose Jugendliche einstellen. Doch ist wegen der Problematik der strukturellen Arbeitslosigkeit ein langfristiges Arbeitsmarktprogramm vorzusehen, das vor allem auch erfolversprechende Ausbildungs- und Umschulungsperspektiven eröffnet. Denn in der Tat muß die Ausbildung, wie Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte, „angepaßt werden an die Nachfrage nach Ausgebildeten, nach beruflich Befähigten und an die künftige Struktur dieser Nachfrage“. Der gesamte Komplex dieser Politik ist von ausschlaggebender Bedeutung.

Vorausschauende Industriepolitik

Nicht minder wichtig ist es, ein größeres Maß an Teilzeitarbeitsplätzen zu schaffen. Denn viele Frauen und Mütter sind daran interessiert, nur halbtags bzw. stundenweise Beschäftigung zu finden. In manchen Verwaltungsstellen, aber auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sowie der privaten Wirtschaft, lassen sich durch eine bessere Organisation und Planung des Betriebsablaufes entsprechende Teilzeitplätze schaffen.

Zur Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung gehört aber

auch, daß eine mittelfristig orientierte Wirtschaftspolitik zu akzentuieren ist. Gemeint ist auch die Globalsteuerung, mit der nur dann die gesetzten Ziele erreicht werden können, wenn sie auf weitgehend gesicherten Grundlagen mittelfristiger Planung durchgeführt wird. Die Konjunkturpolitik des „Stop and Go“ muß der Vergangenheit angehören. Sie verunsichert und führt zu Fehlleitungen wertvoller Ressourcen.

Um dieser Ausrichtung zu entsprechen, ist eine vorausschauende Industriepolitik zugrunde zu legen. Sie soll keineswegs die Wirtschaft bevormunden, sondern ihr vielmehr helfend zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Bildung freiwilliger Investitionsrücklagen der Unternehmen in einem neutralisierten Fonds durchaus erwägenswert. Er kann in Phasen der Hochkonjunktur angesammelt und bei Konjunktur- und Beschäftigungseinbrüchen aufgelöst werden.

Strukturelle Probleme

Für die Wirtschaftspolitik haben seit Beginn der 70er Jahre strukturelle Probleme zunehmend größeres Gewicht erhalten. Im Gegensatz zum gesamtwirtschaftlichen Konjunkturverlauf zeigen die Branchenkonjunktoren ausgeprägtere Unterschiede als bisher. Prinzipiell ist es deshalb um so notwendiger, bessere Informationen statistischer Art und bessere Methoden zur Analyse des wirtschaftlichen Strukturwandels zu erarbeiten und anzuwenden. Dies kann nicht allein Aufgabe der Politik sein. Vielmehr sind vor allem neben wissenschaftlichen Sachverständigen auch die Fachleute der Wirtschafts- und Unternehmensverbände sowie der Gewerkschaften aufgefordert, an derartigen Prognosen über Branchenentwicklungen mitzuarbeiten.

Wesentliches Ziel der Strukturpolitik muß es sein,

vorausschauend künftige Bedürfnis- und Marktstrukturen zu erkennen und diese Entwicklungen für die unternehmerische Wirtschaft transparent zu machen;

strukturelle Umstellungsprozesse dort zu beschleunigen, wo andere Produkte oder Verfahren international konkurrenzfähiger sind. Allerdings ist dabei darauf zu achten, daß der Strukturwandel sozialpolitisch abgesichert sein muß und nicht zu kurzfristigen Belastungen des Arbeitsmarktes führen darf. Daher ist der strukturelle Wandel dort zu verlangsamen, wo nur über einen längerfristigen Schrumpfungsprozeß eine Konsolidierung möglich ist.

Der Schwerpunkt Strukturpolitik findet sich folgerichtig mit einem hohen Stellenwert sowohl im Orientierungsrahmen '85 als auch im Regierungsprogramm 1976–1980, das auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Dortmund beschlossen worden ist. Die ständige „Modernisierung der Volkswirtschaft“, und zwar nicht nur in Großunternehmen, ist eine Aufgabe, der sich die hochindustrialisierte deutsche Wirtschaft fortgesetzt und mit Nachdruck zu stellen hat.

Mittelstandspolitik

Infolge mangelnder Information und Orientierung sind insbesondere zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe nur unvollkommen in der Lage, sich aus eigener Kraft ausreichend und zutreffend über den schnellen Strukturwandel zu unterrichten. Wenn aber als wesentliches Element des marktwirtschaftlichen Systems eine breite Schicht selbständiger mittelständischer Unternehmen erhalten bleiben und gesichert werden soll – und daran hat sozialdemokratische Regierungsverantwortung durch praktisches Handeln keinen Zweifel aufkommen lassen –, dann bedarf es nicht nur des weiteren

Ausbaues finanzieller Förderungsmittel (der verschiedensten Art) und ihres gezielten Einsatzes. Vielmehr kommt es auch darauf an, das Beratungs- und Informationswesen zu verstärken, insbesondere über die Möglichkeiten der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit (nach § 5 b GWB) sowie über finanzielle Hilfen zur Förderung der Einrichtung weiterer Kooperationsbörsen und -leitstellen, die bei der Vorbereitung und Vermittlung von Kooperationsvorhaben Hilfeleistung leisten.

Der Bericht der Bundesregierung über Lage und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsbericht) vom 21. 5. 1976 (BT-Drucksache 7/5248) stellt eine ausgezeichnete Grundlage dar für die schwerpunktartige Fortführung einer wirksamen Mittelstandspolitik. Von besonderer Bedeutung ist dafür das in diesem Bericht enthaltene „Aktionsprogramm zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen“. Wesentliche Punkte sind die Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen (Wettbewerbs-, aber auch Steuer- und Sozialpolitik), zur Steigerung der Leistungsfähigkeit (Beratung, Aus- und Weiterbildung, Information und Dokumentation) sowie zur Verbesserung der betrieblichen Finanzierungsmöglichkeiten. Wie diese mittelstandspolitischen Aktivitäten intensiv weitergeführt werden, so wird auch die Vergabe öffentlicher Aufträge über Lieferungen und Leistungen nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) an kleine und mittlere Unternehmen (wofür bereits Richtlinien im Mai 1976 erlassen worden sind) akzentuierte Beachtung finden.

Steuerbelastung

Aus der Sicht der Wirtschaftspolitik mit mittelstandspolitischer Ausrichtung wäre es von nach-

haltiger Wirkung, wenn finanziell die steuerliche Belastung einerseits von Großunternehmen, andererseits von kleinen und mittleren Unternehmen zum Gegenstand der Überprüfung gemacht werden könnte. Denn nach vorliegenden Untersuchungen¹⁾ ergibt sich ein Spitzensatz der Gewinnsteuerbelastung für personenbezogene Kapitalgesellschaften von 56,93 %, für allgemeine Kapitalgesellschaften von 58,72 %, dagegen aber für Personenunternehmen, dies sind im wesentlichen Klein- und Mittelbetriebe, von 61,74 %. Eine entsprechende Änderung erscheint dringend erforderlich.

Im Rahmen der mittelstandsorientierten Wirtschaftspolitik ist der für den mittelständischen Einzelhandel durch Großunternehmen im Vertriebssystem, insbesondere durch Supermärkte und Einkaufszentren (meist am Rande größerer Gemeinden) aufgekommene Verdrängungswettbewerb ein spezielles Problem. Diese Entwicklung hat nicht nur dazu geführt, daß die Gefahrmangelnder Versorgungstruktur schwacher Regionen mit Einzelhandelsleistungen eingetreten ist. Vielmehr muß auch eine „Entleerung“ der Kerngebiete der Städte („City“) befürchtet werden, indem der auch soziologisch wie gemeindlich bedeutsame „integrierte Einzelhandel“ untergeht. Insofern ist ordnungswie insbesondere wettbewerbspolitisch eine Lösung anzustreben, die ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedensten Vertriebsformen sicherstellt, aber gerade dem mittelständischen Einzelhandel eine aufgaben- und funktionsgerechte Position in den Gemeinden gewährleistet.

Außenhandelsbeziehungen

Letztlich soll noch ein weiterer Schwerpunkt wirtschaftspolitischer Aufgaben erwähnt werden. Gemeint ist der kontinuierliche Ausbau der wirtschaftlichen

und insbesondere der handelspolitischen Beziehungen zu den Ländern des Westens wie des Ostens, aber auch zu den Ländern der Dritten Welt.

Oft genug sind die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft und die damit verbundenen Probleme außenwirtschaftlicher Einflüsse auf die konjunkturelle Entwicklung und auf die Arbeitsplatzsituation in der heimischen Wirtschaft erörtert worden, so daß sich nähere Erläuterungen erübrigen. Jedoch soll daran erinnert werden, daß die Außenhandelsumsätze der deutschen Wirtschaft in den letzten Monaten stark gestiegen sind. Dies ist nicht nur Indiz einer sich weltweit abzeichnenden Belebung, sondern auch ein Beweis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese gute Position konnte trotz Erhöhung des Außenwertes der D-Mark gehalten werden, weil einerseits Qualität und technische Reife der deutschen Produkte, vor allem der Maschinen und Anlagen, unbestritten ist und andererseits sich die vergleichsweise günstige Entwicklung der Lohnstückkosten sowie die Erfolge der deutschen Stabilitätspolitik wettbewerbsfördernd auswirken.

Wettbewerbsfähigkeit

Auch zukünftig wird es akzentuiert Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, diese internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und auszubauen. Neben den bereits erwähnten strukturpolitischen Aufgaben gilt es, die in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte moderne Forschungs- und Technologiepolitik fortzusetzen. Spezielle Schwerpunkte dieser Politik sind die Erkundung künftiger Investitionschancen, die Sicherung der Versorgung mit Energie und Rohstoffen.

¹⁾ Vgl. Heinrich Weiler: Gewinnsteuerreform und gewerblicher Mittelstand, Schriften zur Mittelstandsforschung, Nr. 71, 1976.

fen zu angemessenen Preisen, der Ausbau der Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Entwicklung neuer Technologien zur Bewältigung der Umweltprobleme.

Unter diesen an sich gleichgewichtigen Gebieten nimmt die ausreichende Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Energie und Rohstoffen einen zentralen Platz ein. Gerade für die Energiewirtschaft ist auch zukünftig größter Wert darauf zu legen, die deutsche Wirtschaft weitgehend von ausländischen Energien, insbesondere vom Erdöl, unabhängig zu machen und gesicherte Grundlagen für eine ausreichende eigene Energieversorgung zu schaffen, und zwar sowohl im Interesse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung als auch im besonderen zwecks Sicherung der Arbeitsplätze.

Außenbeziehungen

Mit aller Deutlichkeit hat die Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre gezeigt, daß eine nationalstaatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik ihre Grenzen hat. Daher wird es ausschlaggebendes Anliegen sein, die internationale Abstimmung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu verstärken, vor allem mit den Partnerländern der EG.

Fast die Hälfte des deutschen Exports geht in die Länder der EG. Es liegt daher im ureigensten Interesse der Bundesrepublik Deutschland, durch eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik die wirtschaftlichen und konjunkturellen Schwierigkeiten in den Partnerländern der EG überwinden zu helfen. Dabei ist der nicht nur philosophisch zu verstehende Ausspruch des Bundeskanzlers Helmut Schmidt zu berücksichtigen: „Es wird von uns Deutschen sehr viel mehr erwartet im Ausland, als wir selbst glau-

ben, leisten zu können. Es wird Dilemmata verschiedener Art, psychologischer, auch ökonomischer, geben, die uns schon in allernächster Zeit und mit Sicherheit für die nächsten 24 Monate, wenn nicht länger, beschäftigen werden.“

Eine ernste Sorge bereitet vor allem die zunehmende Tendenz in manchen Ländern, ihren Inflations-, Arbeitslosen- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch dirigistische oder reglementierende Eingriffe in den freien internationalen Handel begegnen zu wollen. Handelsbeschränkungen und Behinderungen des freien Geld- und Kapitalverkehrs lösen auf Dauer keine Probleme. Daher wird und muß das bundesrepublikanische Bestreben weiterhin darauf ausgerichtet bleiben, die wirtschaftliche Integration innerhalb der EG voranzubringen. Jedoch müssen auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen anderen Ländern, auch mit denen des Ostblocks und der Dritten Welt, intensiviert werden, wobei es darauf ankommen wird, sich allen Bestrebungen, nationale Probleme durch Dirigismus und Handelshemmnisse lösen zu wollen, energisch zu widersetzen.

In diesem Zusammenhang muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sich die guten wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den osteuropäischen Staaten nicht dazu eignen, um sie als Pfand für politische Wünsche und Forderungen, etwa die Beseitigung des Schießbefehls in der DDR, zu benutzen. Eine derartige Politik, wie sie bei der Opposition laut geworden ist, könnte sich zum Bumerang entwickeln, weil sich die politischen Fronten verhärten, der Schießbefehl dadurch nicht abgeschafft und die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland nachteilig beeinflusst wird. Ein Rückgang des Osthandels

würde insbesondere in strukturschwachen Regionen sowie für viele mittelständische Unternehmen existenz- und arbeitsplatzgefährdende Folgen haben.

Mitarbeit der Verantwortlichen

Die nationalen und internationalen wirtschaftlichen Probleme, die in ihrer Vielschichtigkeit und Mannigfaltigkeit sicher nicht leicht zu bewältigen sind, können keineswegs allein von der Bundesregierung oder den Mitgliedern des 8. Deutschen Bundestages gelöst werden. Vielmehr müssen dabei alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen mithelfen. Dies gilt vor allem für die Deutsche Bundesbank, die auch weiterhin durch eine konsequente Geldmengenzpolitik die Bundesregierung zu unterstützen hat, das Ziel der Stabilität zu erreichen. Dies gilt in gleichem Maße für die Tarifvertragspartner, die durch verantwortungsbewußte, den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Tarifabschlüsse den wirtschaftlichen Aufschwung sichern helfen. Und nicht zuletzt sind auch die Unternehmen angesprochen und aufgefordert, stabilitätsbewußt zu handeln und mit ihrer Investitions- und Beschäftigungspolitik ihren Teil zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme beizutragen.

Natürlich müßte noch eine Reihe von Aufgaben genannt werden, die einer dringenden Lösung bedürfen. Die Sicherung des konjunkturellen Aufschwungs ist jedoch maßgebliche Voraussetzung dafür, daß andere Probleme erfolgreich gelöst werden, wie etwa der weitere Ausbau der sozialen Sicherung, insbesondere die Finanzierung der Renten, die Reform des Gesundheits- und Bildungssystems, aber auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen und schließlich die Überprüfung der Wirkungen steuerpolitischer Maßnahmen.

Rolf Funck

Sicherung der Beschäftigung steht an erster Stelle

Die wichtigen wirtschaftspolitischen Aufgaben der kommenden Legislaturperiode sind nicht neu. Es handelt sich bei ihnen um weiterzuführende Aufgaben, die aus der vorigen Legislaturperiode übernommen werden und denen zum Teil verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen ist. Dies ist nicht verwunderlich; denn wirtschaftspolitische Aufgaben gehören im allgemeinen nicht zu den Vorhaben, die abschließend gelöst werden können. Auch dann, wenn ein befriedigender Lösungsstand erreicht ist, bedarf dieser der Anpassung an etwa sich ändernde Zielvorstellungen und der ständigen Absicherung gegen unerwünschte Einflüsse.

Ordnungspolitische Aufgaben

Dies gilt auch und ganz besonders für die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Gerade von freidemokratischer Seite ist nie Zweifel daran gelassen worden, daß die Entscheidungsfreiheit des wirtschaftenden Individuums ein unverzichtbares Ordnungselement der sozialen Marktwirtschaft darstellt. Investitionskontrollen – auch in der Form einer Registrierungspflicht – sind damit ebensowenig vereinbar wie Einschränkungen der Konsumentensouveränität durch staatliche oder private Monopolunternehmen oder staatliche Eingriffe in die Autonomie der Partner am Arbeitsmarkt.

Es gehört zu den wichtigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik, durch erneute Bekräftigung dieser ordnungspolitischen Grundsätze zur Erhaltung des Vertrauens in die Stabilität der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland beizutragen.

Die Garantie der privatwirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit und des privaten Eigentums an Konsumgütern und Produktionsmitteln schließt, auf der Basis einer wirksamen Sicherung des Wettbewerbs, die Forderung ein, daß die Wirkungen privatwirtschaftlicher Entscheidungen auf den privaten Bereich konzentriert werden. Politisch gesprochen, ergibt sich diese Forderung aus der Sozialverpflichtung des Eigentums; ökonomisch-theoretisch kann sie als Notwendigkeit einer Internalisierung externer Effekte individualwirtschaftlicher Aktivitäten interpretiert werden. Konkret gesprochen heißt das z. B.: konsequente Anwendung des Verursacherprinzips im Umweltschutzbereich, vollständige Anlastung der Wegekosten im Verkehr, Erarbeitung praktikabler Verfahren für eine Beteiligung der Kommunen an planungsbedingten Bodenwertzuwächsen, aber auch für eine Entschädigung etwa land- und forstwirtschaftlicher Unternehmer für die Übernahme von Aufgaben im Rahmen des Landschaftsschutzes.

Ordnungspolitische Aufgaben sind jedoch eher langfristiger Natur. Die kurzfristig wichtigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik liegen im Bereich der materiell-inhaltlichen Wirtschaftspolitik. Hier steht an erster Stelle:

Sicherung der Beschäftigung

Die in der ersten Phase des Wiederaufschwungs aus der Rezession seit Mitte 1975 gesammelten Erfahrungen machen deutlich, daß der gewohnte Stand der Arbeitslosigkeitsquoten von unter 1% nicht automatisch, sondern wenn überhaupt,

dann nur mit Hilfe gezielter Maßnahmen wenigstens annähernd wieder erreicht werden kann. Diese sind gewissermaßen dem Sockel eines über einen längeren Zeitraum hinweg zu sichernden Wirtschaftswachstums aufzusetzen. Die künftigen Zuwachsraten des realen Sozialprodukts sollten zwischen etwa 3 und etwa 6% liegen, wobei für die nähere Zukunft Raten im oberen Bereich dieses Bandes wünschenswert sind.

In einer von technischem Fortschritt gekennzeichneten Welt kann Vollbeschäftigung nur bei Wirtschaftswachstum gesichert werden, und zwar auch und gerade dann, wenn längerfristig eine weitere Reduktion der Wochen- oder Jahresarbeitszeiten angestrebt wird. Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich jedenfalls bietet keine Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems: Sie wäre wegen der mit ihr verbundenen Umschulungs- und Anlernprobleme nur in Ausnahmefällen kurzfristig machbar; in jedem Fall würde sie zu einem kräftigen Inflationsschub, zu einer Störung des Währungsgefüges und zu einer abrupten Verschärfung der Wettbewerbsvoraussetzungen führen und daher insgesamt eher eine Steigerung als eine Senkung der Arbeitslosigkeit bewirken.

Wirtschaftswachstum muß aber nicht gleichmäßigen Zuwachs in allen Nachfrage- und Angebotsbereichen bedeuten. Angesichts der gestiegenen Unsicherheit der internationalen Märkte sollte der Aufschwung der nächsten Jahre von einer kontinuierlichen Expansion der binnenwirtschaftlichen Nachfrage getragen werden. Dies setzt ein günstiges In-

vestitionsklima im Inland voraus: Kapitalerträge sollten, jedenfalls bis in die mittleren Einkommensbereiche hinein, eher ent- als stärker belastet werden, soweit dies auch vom Gesichtspunkt der sozialen Symmetrie her verantwortet werden kann, z. B. durch Beseitigung der Doppelbesteuerung von Dividenden. Gesetzliche und nachfragelenkende Maßnahmen zugunsten der Produktion von Umweltschutzeinrichtungen und einer verstärkten Hinwendung zu umweltfreundlichen Gütern sollten die Wachstumspolitik unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Verträglichkeit des Wirtschaftswachstums absichern.

Gezielte Maßnahmen der Beschäftigungspolitik sollten in einer zeitlichen Erweiterung und sachlichen Ergänzung bestehender arbeitsmarktpolitischer Programme bestehen. Die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Mobilitätshilfen, Umschulungs- und Eingliederungshilfen stehen hier im Vordergrund. Daneben ist der Zuzug ausländischer Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern auf seine Arbeitsmarktwirkung hin zu prüfen und gegebenenfalls weiterhin – mindestens sektoral – zu begrenzen. Auf den Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungspolitik kann hier nur hingewiesen werden.

Gezielte beschäftigungspolitische Wirkungen können aber auch von struktur- und regionalpolitischen Maßnahmen ausgelöst werden. Die Strukturpolitik sollte dabei die aus weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen sich ergebenden Anstöße aufnehmen, wenn möglich antizipieren, und ihre Effekte nicht zu konterkarieren suchen, was ohnehin nur auf Zeit möglich wäre. Um die für diesen Strukturwandel nötigen Voraussetzungen zu schaffen, muß der Staat sich auch in die vorbereitende Forschung einschalten. Das gilt be-

sonders im Exportverkehr mit Entwicklungsländern, die in zunehmendem Maße neben und vor der Lieferung von „hardware“ die Bereitstellung von technologischem und Planungs-„know-how“ verlangen.

Weitere Schwerpunkte kurz- und mittelfristiger wirtschaftspolitischer Aufgaben sind:

Stabilisierung des Geldwertes

Hinsichtlich dieses Zieles sind bereits beachtliche Erfolge erzielt worden: Die jährliche Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung ist von 7% im Jahre 1974 auf unter 5% im bisherigen Verlauf des Jahres 1976 gedrückt worden. Die Preissteigerungsraten können aber wohl in die Nähe des für die 60er Jahre typischen Niveaus von etwa 2 bis 3% ohne Erweiterung des stabilitätspolitischen Instrumentariums nur dann zurückgeführt werden, wenn in stärkerem Maße als bisher auch die Vermögensbildungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung des Geldwertes gesehen wird.

Die Vereinbarung einer investiven Festlegung von Teilen der über die Produktivitätszunahmerate hinausgehenden Lohnsatzsteigerungen ist zwar Angelegenheit der Tarifpartner, diese sollten aber von staatlicher Seite weiter dazu ermutigt werden. Dazu gehört die Erarbeitung von Modellen für die Sammlung und Anlage der Investivlohnbeträge, die tragfähige Kompromisse zwischen dem Sicherheits- und Mobilitätsinteresse der Arbeitnehmer und dem Finanzierungsinteresse der Unternehmer ermöglichen. Daneben sollte aber der Staat selbst Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung ergreifen. In diesem Zusammenhang ist die vom Bundeswirtschaftsminister kürzlich vorgeschlagene 50%ige Aufstockung des Förderhöchstbetrages des 624-DM-Gesetzes zu sehen.

Die Fortsetzung der Bemühungen um einen Abbau der strukturellen Defizite der öffentlichen Haushalte muß in engem Zusammenhang mit dem Stabilisierungsziel einerseits, dem Wachstums- und Beschäftigungsziel andererseits gesehen werden: Die stabilitätspolitisch erforderliche, stufenweise Rückführung der Haushaltsdefizite von Bund und Ländern unter die Grenze von 20 Mrd. DM erscheint bis 1979 erreichbar, ohne daß die direkten Steuern angehoben werden müßten. Konflikte mit der Wachstums- und Beschäftigungspolitik können sich dann ergeben, wenn die Ausgabeneinschränkungen der öffentlichen Hand zu abrupt vorgenommen werden und nicht genügend auf sektorale und regionale Gegebenheiten Rücksicht nehmen.

Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde nicht nur das Stabilitätsziel beeinträchtigt, sondern, da die durch sie ausgelösten Preiserhöhungen vermutlich entsprechende Lohnbewegungen nach sich ziehen würden, auch das Ziel der Sicherung der Vollbeschäftigung im Wachstum. Es sollte daher sorgfältig geprüft werden, ob nicht angesichts der erwarteten Zuwachsraten des Sozialprodukts und der im Vergleich zu den Vorausschätzungen günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen auf die Mehrwertsteuererhöhung – jedenfalls zunächst – verzichtet werden kann. Die ohnehin eng begrenzten Möglichkeiten für steuerpolitische Erleichterungen an anderer Stelle, insbesondere zum Zwecke der Investitionsanregung, werden dadurch allerdings noch weiter eingeschränkt.

In jedem Fall ist es erforderlich, möglichst umgehend – etwa in der Regierungserklärung – die Grundlinien der haushaltspolitischen Konzeption zu ziehen und die Einzelheiten der mittelfristigen Ausgaben-

und Einnahmenplanung des Bundes vordringlich festzulegen. Dabei ist auch für das Finanzierungsdefizit der Rentenversicherung eine Lösung zu finden, die ohne Abwälzung auf andere Bereiche der Sozialversicherung und ohne Beitragserhöhung auskommt, damit auch von dieser Seite her negative Wirkungen auf das Stabilitäts- und das Beschäftigungsziel vermieden werden.

Wettbewerbsordnung

Die Sicherung des funktionsfähigen Wettbewerbs in einer sich wandelnden Wirtschaft erfordert die Anpassung oder Verbesserung einer Vielzahl von Detailregelungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen bzw. in anderen, wettbewerbsrelevanten Vorschriften. Hier sei auf vier Punkte besonders hingewiesen:

□ Die Möglichkeiten der Fusionskontrolle, besonders bei Zusammenschlüssen von Großunternehmen, sind wirksamer zu gestalten. In Ergänzung dazu sollte längerfristig die Möglichkeit geschaffen werden, durch Fusion entstandene marktbeherrschende Unternehmen dann wieder auflösen zu können, wenn andere Wege zur Herstellung eines wirksamen Wettbewerbs nicht gegeben sind.

□ Die Erfahrungen mit Diskriminierungspraktiken, z. B. mit der in manchen Industriezweigen gebräuchlichen Preisdiskriminierung zwischen Inlands- und Auslandsmärkten, legen eine schärfere Fassung des Diskriminierungsverbotes nahe.

□ Zum Zwecke einer verbesserten Kontrolle des Wettbewerbsverhaltens multinationaler Gesellschaften und anderer, international tätiger Unternehmen sind Initiativen, besonders auf EG-Ebene, erforderlich, um die internationale Kooperation der Wettbewerbsbehörden zu erweitern und die Rechtsvorschriften kompatibel zu machen.

□ Ungleichheiten in den Wettbewerbsvoraussetzungen verschiedener Typen von Einzelhandelsunternehmen haben in der Vergangenheit zu einer Begünstigung von Großformen des Handels geführt. Dies nötigt zu einer verschärften Einbeziehung des Tatbestandes auf Nachfragemacht beruhender Wettbewerbsverzerrungen in das Wettbewerbsrecht. Soweit diese Entwicklungen auch stadtplanerisch unerwünschte Wirkungen haben, können sie u. U. mit planungsrechtlichen Möglichkeiten abgefangen werden.

Energieversorgung

Die im Herbst 1973 eingetretene Erdölversorgungskrise hat Strukturwandlungen im Energiebedarf und in der Energieversorgung eingeleitet, die verstärkt weiter verfolgt werden müssen. Hier geht es darum, in Antizipation künftiger Knappheitssituationen die Nachfrage verstärkt auf energieintensiv produzierte Güter zu lenken, die Entwicklung von energiesparenden Verfahren, etwa im Personenverkehr, in der Heiztechnik etc. zu fördern und eine langfristige Sicherung der Energiequellen zu erreichen.

Die Versorgungssicherung wiederum erfordert, soweit erreichbar, den Abschluß langfristiger Lieferverträge mit den Energieproduzierenden Ländern, flankiert durch eine verstärkte Kooperation mit ihnen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik, soweit es sich um Entwicklungsländer handelt. Daneben ist die Verfügbarkeit traditioneller inländischer Energiequellen – insbesondere Kohle – angemessen zu sichern und die Verwendbarkeit neuer Primärenergiequellen – insbesondere Sonnen-, Kernenergie – zu erforschen, zu erproben und womöglich zu realisieren.

Die Notwendigkeit, das künftige Energiedefizit abzubauen, darf aber nicht dazu verleiten,

die Energieversorgung als isoliertes Problem zu sehen. Vielmehr ist sie, wie jedes wirtschaftspolitische Partialproblem, in ihrer Einbettung in die Gesamtheit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zusammenhänge zu erfassen. Dies bedeutet insbesondere, daß bei der künftigen Energieversorgung auf die Erfordernisse des Umweltschutzes – z. B. Wasserhaushalt bei der Kühlung von Kernbrennanlagen –, der Sicherheit – z. B. Lagerung von Kernverbrennungsrückständen – und der Raumordnung – z. B. Vermeidung räumlicher Konzentrationen von Energieproduktionsstätten – Rücksicht zu nehmen ist.

Weltwährungspolitik

Angesichts der Erwartung, daß auch in der absehbaren Zukunft die Produktivitätsveränderungen und die Preisniveaushiftungen sowohl zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als auch unter den entwickelten Industrieländern unterschiedlich verlaufen werden, sollte eine Rückkehr zu festen Wechselkursen im Rahmen des internationalen Währungssystems nicht erwogen werden. Flexible Wechselkurse haben sich als eine gute Grundlage erwiesen, auf der stabilitätspolitische Instrumente erfolgversprechend eingesetzt werden können.

Im Rahmen der europäischen Währungsschlange kann eine Verteidigung der Wechselkurse nur auf der Basis internationaler Kooperation, das heißt dann erfolgen, wenn die Stützung einer Währung durch zahlungsbilanzpolitische Maßnahmen der betreffenden Regierung ergänzt wird. Ist die mittel- oder langfristige Stabilisierung des Wechselkurses einer Währung aufgrund des Fehlens dieser Voraussetzung nicht zu erwarten, so sollten notwendige Kursanpassungen rechtzeitig vorgenommen werden.